



Staatskanzlei und Ministerium für Kultur

Ergebnisse der Steuerschätzung vom Mai 2026/ Geringere Einnahmeerwartungen in schwierigerem wirtschaftlichen Umfeld

Der Arbeitskreis Steuerschätzungen erwartet eine schwächere Entwicklung der gesamtstaatlichen Steuereinnahmen. Ursächlich hierfür sind vor allem die infolge des Krieges im Nahen Osten eingetrübten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und gestiegenen Energiepreise. Diese Faktoren haben jüngst zu einer Korrektur der Wachstumsaussichten für Deutschland geführt: Die bislang erwartete wirtschaftliche Erholung dürfte angesichts der globalen Unsicherheiten geringer ausfallen als bisher angenommen.

Die verhaltene konjunkturelle Entwicklung schlägt sich auch in den Einnahmen der öffentlichen Haushalte nieder. Für den Landeshaushalt Sachsen-Anhalts wird für das Jahr 2026 ein Aufkommen aus Steuern und Bundesergänzungszuweisungen prognostiziert, das rd. 240 Mio. Euro unter den im Oktober 2025 geschätzten Werten liegt. Für die Jahre 2027 und 2028 wird jeweils ein Einnahmerückgang von rd. 260 Mio. Euro erwartet. Auch die Gemeinden in Sachsen-Anhalt müssen mit geringeren Steuereinnahmen rechnen. Für das Jahr 2026 wird ein Minus von 29 Mio. Euro prognostiziert, für 2027 ein Rückgang von 34 Mio. Euro und für 2028 von 37 Mio. Euro.

Auf den Haushaltsvollzug im laufenden Jahr haben die geringeren Einnahmeerwartungen keine unmittelbaren Auswirkungen. Die Schuldenbremse erlaubt, die überwiegend konjunkturell bedingten Mindereinnahmen durch Kreditaufnahmen auszugleichen. Diese erhöhen den Schuldenstand des Landes allerdings nur temporär, da die aufgenommenen Kredite mit einer einsetzenden wirtschaftlichen Erholung wieder zu tilgen sind. Mittelfristig schränkt die prognostizierte Verschlechterung der Einnahmesituation die finanziellen Spielräume für das Land allerdings ein.

Finanzminister Michael Richter:

„Die Zahlen der jüngsten Steuerschätzung zeigen, dass die strukturellen Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum in Deutschland dringend verbessert werden müssen. Das aktuelle weltpolitische Umfeld darf kein Grund sein, Reformen zu verschieben. Die externen Belastungen zeigen vielmehr, wie notwendig eine strukturelle Stärkung des Wirtschaftsstandortes ist. Sonst wird es uns nicht gelingen, staatliche Ausgaben im bisherigen Umfang dauerhaft zu finanzieren.“

Aktuelle Informationen bieten wir Ihnen auch auf der zentralen Plattform des Landes www.sachsen-anhalt.de, in den [sozialen Medien](#) über [X](#), [Instagram](#), [YouTube](#) und [LinkedIn](#) sowie über [WhatsApp](#)

Impressum:

Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt Pressestelle
Hegelstraße 42
39104 Magdeburg

Tel: (0391) 567-6666

Fax: (0391) 567-6667

Mail: staatskanzlei@stk.sachsen-anhalt.de